

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Irene Mihalic, Dr. Konstantin von Notz, Monika Lazar, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/17540 –

Gebührenverordnung zum Bundespolizeigesetz darf Grundrechtsgebrauch nicht beeinträchtigen

A. Problem

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisiert die durch die Besondere Gebührenverordnung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat eingeführten Gebührentatbestände und Gebührenhöhen für polizeiliche Maßnahmen.

Sie fordert die Bundesregierung auf, die Gebührenverordnung vor allem in Bezug auf die Gebühren für Anordnung und Vollzug von Gewahrsam und Platzverweisungen zu reformieren und dabei insbesondere den Grundsatz zu beachten, dass eine Gebühr keine Strafe darstelle und sich am klar definierten individuell zurechenbaren Nutzen einer polizeilichen Maßnahme auszurichten habe.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/17540 abzulehnen.

Berlin, den 24. März 2021

Der Ausschuss für Inneres und Heimat

Andrea Lindholz
Vorsitzende

Philipp Amthor
Berichterstatter

Thomas Hitschler
Berichterstatter

Dr. Christian Wirth
Berichterstatter

Benjamin Strasser
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Dr. Irene Mihalic
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Philipp Amthor, Thomas Hitschler, Dr. Christian Wirth, Benjamin Strasser, Ulla Jelpke und Dr. Irene Mihalic**I. Überweisung**

Der Antrag auf **Drucksache 19/17540** wurde in der 149. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. März 2020 an den Ausschuss für Inneres und Heimat überwiesen.

II. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 19/17540 in seiner 129. Sitzung am 24. März 2021 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Berlin, den 24. März 2021

Philipp Amthor
Berichtersteller

Thomas Hitschler
Berichtersteller

Dr. Christian Wirth
Berichtersteller

Benjamin Strasser
Berichtersteller

Ulla Jelpke
Berichterstellerin

Dr. Irene Mihalic
Berichterstellerin

